

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE
LINKE**

PPL 51 (*Stadt*) - "Notruf" für Betroffene sexualisierter Gewalt stärken

**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2024
und 2025**

Die *Stadtbürgerschaft* möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	51	Gesundheit und Verbraucherschutz
Produktbereich:	51.91	Zentrale Dienste (S)
Produktgruppe:	51.91.02	Frauen (S)

Der Anschlag bei den *sonstigen konsumtiven Ausgaben* wird für das Jahr 2024 um 80 Tsd. EUR *erhöht*.

Der Anschlag bei den *sonstigen konsumtiven Ausgaben* wird für das Jahr 2025 um 80 Tsd. EUR *erhöht*.

II. In konkreter Umsetzung wird der kamerale **Haushaltsplan** wie folgt ergänzt bzw. geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	35	Gesundheit und Verbraucherschutz
Kapitel:	3501	Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit
Titel:	684 16-2	Zuschüsse an den Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen

Der Anschlag wird für das Jahr 2024 von 243.490 EUR um 80.000 EUR auf 323.490 EUR *erhöht*.

Der Anschlag wird für das Jahr 2025 von 243.490 EUR um 80.000 EUR auf 323.490 EUR *erhöht*.

Hier erfolgt die Deckung durch Entnahme aus zentraler Stabilitätsrücklage bei der Haushaltsstelle 3980.359 80-7. Die konkrete Deckung wird im Rahmen der Schlussanträge dargestellt.

Beschlussempfehlung:

Die *Stadtbürgerschaft* stimmt dem Antrag zu.

Mustafa Güngör und die Fraktion der SPD

Dr. Henrike Müller und die Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Sofia Leonidakis und die Fraktion Die Linke